

Antrag 1

Gesetzliche Regelung für Urlaubs- Weihnachtsgeld

an die 173. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert die Bundesregierung auf, einen gesetzlichen Rahmen unter Mitarbeit der AK zu erarbeiten der für alle Arbeitnehmer 13. und 14. Gehalt garantiert.

Begründung:

In immer mehr Beschäftigungsverhältnissen sind Kollektivverträge nicht anzuwenden. Das bedeutet für die dort beschäftigten Arbeitnehmer das kein Anspruch auf Urlaubs- Weihnachtsgeld besteht. Dazu gehören etwa Kosmetikerinnen, Masseur oder Angestellte von Rechtsanwälten - betroffen sind vor allem Bereiche, in denen in erster Linie Frauen arbeiten. Damit könne es vorkommen, dass diese Beschäftigten finanziell wesentlich schlechter abschneiden. Die freiwillige Bezahlung durch den Arbeitgeber ist meist mit Forderungen verbunden die Mehrarbeit beinhalten. Um dem entgegenzuwirken braucht es eine gesetzliche Regelung die Ansprüche auf Urlaubs-Weihnachtsgeld regelt.

Für die Fraktion:
KR Franz Ebster

